

6. Mechanismen der Entstehung von Konkurrenzkulturen zur Mitte: Globalisierungsbedingte Veränderungen in sozialer Marktwirtschaft und liberalem Kapitalismus

Verstärkt wurden die Zweifel am Format Volkspartei durch globalisierungsbedingte Veränderungen im liberalen „Konsenskapitalismus“ Zentraleuropas. Die globale Expansion von Informations- und Internet-Kontrollriesen wie Google oder Facebook ging einher mit faktischen Monopolbildungen im Bereich von Schlüsseltechnologien wie etwa durch Apple oder Microsoft in der Hard- und Softwareindustrie. Diese Konzerne begannen in den 2000er Jahren damit, mit ihren Geschäftsmodellen massiv in nationale Ökosysteme einzugreifen, darunter in die soziale Marktwirtschaft der deutschsprachigen Welt. Dadurch verschoben sich traditionelle Schwerpunkte auf politischen Verhandlungslösungen, die auf Ausgleichsdialogen der Sozialpartner beruhen. Die Mechanismen tendierten nun eher zur transnationalen Datenextraktionsökonomie sowie zu immateriellen Formen von Produktion und Konsumption. Das verstärkte den Einfluss neoliberaler Kapitalismusmodelle und machte die Bürger Zentraleuropas abhängiger von externen Logiken, die – unter anderem wegen fehlender Steuerzahlungen – nicht selten an Ausbeutung grenzten. Die riesigen Avantgarde-Konzerne des globalisierten Kapitalismus, welche die neue Datenökonomie beherrschen, liegen nicht in Europa, sondern in den USA (Privatkapitalismus) und in China (Staatskapitalismus). Sie liegen also außerhalb des Einflussbereiches europäischer Volksparteien in Gebieten, die völlig andere Parteistrukturen und Parteilogiken aufweisen.

Diese Entwicklung relativierte – in der Tendenz – die Bedeutung lokaler Wirtschaftscharakteristiken, und damit auch nationaler, regionaler und lokaler Sozialpartnerschaften, die faktisch auch in ihren eigenen Einflussgebieten immer stärker zu Seitenakteuren wurden. Obwohl sie die soziale Marktwirtschaft nicht außer Kraft setzten, wurden die neuen Kapitalismusformen in ihrer Verbindung mit Zukunftstechnologien im Alltag der Bürger nach und nach immer präsenter, ohne dass dies von den Volksparteien ausreichend thematisiert und in Zukunftsstrategien berücksichtigt wurde. In Gestalt netzwerkartig ausgreifender virtueller Wertschöpfungsmodi mithilfe Künstlicher Intelligenz und dezentralisierter Legitimations-, Validierungs- und Kontrolltechnologien wie Blockchain verspricht diese

Entwicklung gegenwärtig, auch künftig weiterzugehen und die nächste Stufe der Einflussnahme zu erklimmen.

Paradoxerweise trug technologiegestützte Dezentralisierung auch zu Entdialogisierung und zur Entwicklung von Meinungsbildungs-Mechanismen bei, die sich Solidar-Strukturen eher entzogen und nur mehr wenig zum Erhalt der Gemeinwesen mittels finanzieller Gemeinschaftsbeteiligung beitrugen. Im Gegenteil: neue Kapitaltechnologien suchten Gemeinschaftstransparenz eher zu unterlaufen oder zu umgehen – unter anderem in Gestalt angeblich „hyper-individualisierter“ neuer Tauschformen wie Bitcoin oder anderer Krypto-Währungen. Das prägte nach und nach die Mentalität einer ganzen Generation um. Von den – in ihrer ganzen Grundstruktur eben auf Solidarität und Gemeinschaftsbeteiligung als Geisteshaltung angewiesenen – Volksparteien kam mangels ausreichender Kompetenz und Thematisierung jedoch kaum Widerspruch. Die weniger Hinweiser und Warner, die es in ihnen gab, wurden über Jahre hin lächerlich gemacht, relativiert oder vertröstet. Der neue Regulierungsbedarf, der sich in höchst komplexen Formen aus den neuen Technologien ergab, wurde viel zu spät erkannt und von den Mitte-Parteien „dem Staat überlassen“. Insgesamt wurden die Auswirkungen der neuen Datenökonomie auf die sozio-ökonomischen Grundprozesse der politischen Landschaft Zentraleuropas unterschätzt.

Schliesslich relativierten und unterliefen neue soziale Medien zusehends die über Jahrzehnte praktizierte „Gatekeeper“-⁷⁸ und Transparenz-Funktion des Informationsbereichs. Sie öffneten auch Stimmen eine breitestmögliche Bühne, die unter falschem Vorwand nicht-gemeinschaftliche Interessen verfolgten – und dabei nicht vorrangig an „Wahrheit“, sondern an Entwicklung in ihre Interessens-Richtung interessiert waren. Dazu schreckten sie nicht vor der Uminterpretation von Sachlagen in „falsche Fakten“ (fake news) zurück.

Organisatorisch mündete das immer stärker in neue, virtualisierte politische Informations-, Kommunikations- und Organisationsplattformen jenseits traditioneller Parteistrukturen ein. Es verschaffte denen, die am lautesten schrien: den Populismen Gehör. Das trug in zunehmend transnationaler Vernetzung dazu bei, dass die Grenzen zwischen Fakten, Nicht-Fakten und sogenannten „alternativen Fakten“ verschwammen. Der Begriff

78 Vgl. Welbers, Kasper, and Opgenhaffen, Michael: Social media gatekeeping: An analysis of the gatekeeping influence of newspapers' public Facebook pages. In: New Media & Society, Volume 20, Issue 12, pp. 4728–4747, Springer, July 11, 2018, <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/1461444818784302>.

der „Wahrheit“ löst sich in einem vom Bürger schwer zu beurteilenden Interpretations-Wirrwarr auf: „Wir haben alternative Fakten“, nannte das Trump-Beraterin Kellyanne Conway prägend für die Epoche seit 2016 am 22. Januar 2017.⁷⁹

Die Volksparteien überschätzten über Jahre die mögliche Ordnungs- und Aufklärungsfunktion der öffentlichen Medien (sei es der öffentlich-rechtlichen wie der privaten) in diesem neuen Informations-Ökosystem. Sie erkannten nur zögerlich und unzureichend, dass eben diese öffentlichen Medien von einer wachsenden Zahl von Bürgern immer weniger als „Gatekeeper“ der Wahrheit, auf der Demokratie unabdingbar fusst und auf die sie wie keine andere politische Form angewiesen ist, anerkannt und wahrgenommen wurden. Der Grund: weil diese Medien – gerade im Kampf gegen die neuen Populisten wie Trump – selbst immer öfter den „Informationskrieg“ erklärten und zu Propagandisten einer bestimmten, üblicherweise „stark liberalen“ und aus dieser Sichtweise heraus nicht selten tendenziösen Berichterstattung abglitten. In deren Dienst verstanden sie sich nicht mehr vorrangig als Beobachter, sondern zunehmend als Akteure in einem angeblichen „Kampf um die Demokratie“ – nicht mehr primär um die „Wahrheit“. Wie Teile der Sozialwissenschaften entwickelten die öffentlichen Medien ein Selbstverständnis, nicht mehr ausschliesslich „vermittelnde“ (und dabei „vermittelnde“) objektive Darsteller und Analytiker realer Prozesse, sondern auch Agenten in einem sozialen und politischen Prozeß zu sein.⁸⁰ Darin liegt eine der Tragiken des Medienbereichs in Zeiten des von Krisen und unbewältigten Globalisierungswirkungen begünstigten Populismus.⁸¹

79 NBC News: Kellyanne Conway: Press Secretary Sean Spicer ‘Gave Alternative Facts’. In: Youtube, January 22, 2017, <https://www.youtube.com/watch?v=VSrEE DQgFc8>.

80 Vgl. Benedikter, Roland: Die Zukunft der Sozialwissenschaft. Worauf der deutsche Sprachraum sich einstellen sollte, Nomos Verlag 2023, <https://www.nomos-hop.de/nomos/titel/die-zukunft-der-sozialwissenschaft-id-68677/>.

81 Ich habe das für das Medium Fernsehen näher ausgeführt in: Benedikter, Roland: Abschied vom Fernsehen? Warum dieses Medium niemand mehr braucht: Eine kritische Zwischenbilanz. Teil 1: Warum sich das Fernsehen überlebt hat. In: Telepolis. Zeitschrift für Neue Medien, Netzkultur und Politik / Journal of Media, Technology, Art and Society, herausgegeben von Harald Neuber, 25. Jahrgang, Heinz Heise Verlag Hannover 2022, 09. September 2022, <https://www.heise.de/tp/features/Warum-sich-das-Fernsehen-ueberlebt-hat-7257566.html>; Teil 2: Zehn Fragen zur Zukunft des Fernsehens. In: Telepolis. Zeitschrift für Neue Medien, Netzkultur und Politik, 25. Jahrgang, Heinz Heise Verlag Hannover 2022, 10. September 2022, <https://www.heise.de/tp/features/Zehn-Fragen-zur>

Die Volksparteien unterschätzten, dass diese Gesamt-Entwicklung ihre Welt von Stabilität, Repräsentativität, Vertrauen in eine „mittlere“ Wahrheit und Glaubwürdigkeit an der Wurzel unterminierte. Sie ignorierten (oder unterließen es jedenfalls, genauer zu untersuchen), dass die globalen Entwicklungen im Schnittstellenbereich zwischen Wirtschaftsveränderungen und Aufstieg der Informationstechnologien neue politische Foren und Praktiken erschuf. Diese ermöglichten eine viel breiter als bisher bewußte emotionale Individualisierung von Botschaften. Die Volksparteien ignorierten weiters – nicht zuletzt auch aus politischer Korrektheit –, dass all dies nicht von der sozialen Marktwirtschaft im Zentrum Europas, sondern von Kräften ausging, die mit dem zentraleuropäischen Modell des „Konsenskapitalismus“ nichts am Hut hatten. Die Wirkungen dieser Unbedarftheit, die oft geradezu beabsichtigt und systemisch anmutete, betrafen die Volkspartei weit stärker als interessenorientierte politische Organisationsformen. Trotzdem gestanden sich das viele in den Führungsetagen über lange Zeiträume nicht ein.

-Zukunft-des-Fernsehens-7257560.html; Teil 3: Zusammenfassung: Was jetzt? Aufgeklärte Bürger brauchen das Fernsehen nicht mehr. In: Telepolis. Zeitschrift für Neue Medien, Netzkultur und Politik, 25. Jahrgang, Heinz Heise Verlag Hannover 2022, 11. September 2022, <https://www.heise.de/tp/features/Aufgeklaerte-Buerger-brauchen-das-Fernsehen-nicht-mehr-7257572.html>.